



Internationale Presseschau
Wirtschaftspresseschau
Presseschau am Sonntag
Presseschau zum Nachhören

Blick in die Zeitungen von morgen
Presseschau aus deutschen Zeitungen

15. Oktober 2020

Die Presseschau aus deutschen Zeitungen

Hauptthema der Kommentare ist die Frage, mit welchen Maßnahmen die Ausbreitung der Corona-Pandemie in Deutschland eingedämmt werden kann und welche Voraussetzungen notwendig sind, um diese Maßnahmen effizient umzusetzen. Mit Blick auf das Herbstgutachten geht es außerdem um die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Wirtschaft.



Die Infektionszahlen steigen derzeit in allen Bundesländern, besonders betroffen sind aber die Großstädte. (picture alliance / dpa / Jaap Arriens)

Für die meisten Zeitungen kamen die Vereinbarungen zwischen Bundeskanzlerin Merkel und den Regierungschefs und -chefinnen der Länder gestern Abend zu spät. Die **FRANKENPOST** aus Hof scheint aber zumindest etwas von den Beschlüssen geahnt zu haben: „Was nun für besonders stark betroffene Gebiete verabredet wurde, liegt in vertretbarem Rahmen: Frühzeitigere Beschränkungen, einheitliche Strafen bei Missachtung der Maskenpflicht, Sperrstunden in der Gastronomie, nächtliches Verkaufsverbot von Alkoholika, Begrenzung der Teilnehmer bei Familienfeiern, raumgreifendere Maskenpflicht, ja sogar im Notfall örtlich klar definierte strengere Kontaktbeschränkungen im öffentlichen Raum. Das alles zeigt in der Regel Wirkung und trifft weitgehend auf zeitlich begrenzte Akzeptanz“, lobt die **FRANKENPOST**.

Ziel des Treffens im Kanzleramt war vor allem eine einheitliche Strategie. Die **FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG** kann das gut nachvollziehen: „Die Sehnsucht nach einem Generalschlüssel für die unterschiedlichen Türen und Tore der Pandemie ist verständlich. Für eine Kanzlerin, die das große Ganze zusammenhalten muss, ohnehin. Aber auch aus Sicht des Bürgers, der am liebsten wüsste, mit welchen drei Verhaltensregeln er durch diese herausfordernde Zeit kommt. Der Streit über die Vorschriften für innerdeutsche Reisen zeigt aber, wie

schwierig es mit dem Generalschlüssel ist.

„Obwohl es viele nicht wahr haben möchten: Corona wird uns in den nächsten Monaten erneut viele Beschränkungen aufzwingen“, schickt die MITTELBAYERISCHE ZEITUNG aus Regensburg ihren Überlegungen voraus. Weiter heißt es: „Die gute Nachricht ist: Wie stark die Einschnitte wirklich ausfallen, haben die Bürger zum Großteil selbst in der Hand. Ein sehr strenger Corona-Winter lässt sich durch einen gemeinschaftlichen Kraftakt verhindern, man könnte auch sagen durch Schwarmintelligenz. Alles wird davon abhängen, ob viele ein paar einfache Schutzvorkehrungen einhalten oder lieber mit Karacho auf den nächsten Lockdown zusteuern.“

Die NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG erkennt drei Lager innerhalb der Gesellschaft: „Die Vorsichtigen, die kaum Corona-Fälle zulassen möchten. Die Umsichtigen, die Schwedens liberaleren Weg gutheißen, um Schäden für Wirtschaft und Bildung zu vermeiden. Und die Leugner, die die Gefahr ignorieren.“

„Schwerer aber wiegt“, wirft die Wochenzeitung DIE ZEIT ein, „... dass die meisten Menschen in Deutschland sich ja diszipliniert an die Hygieneregeln halten und nur relativ kleine Gruppen darauf pfeifen – aus Ignoranz, Verblendung oder Egoismus. Warum wird dagegen nicht energischer vorgegangen, fragen sich die Rechtstreuen. Kann es sein, dass ausgerechnet wir vorschritftenverliebten Deutschen ein Vollzugsproblem haben? Und woran liegt das? Sind die Behörden zu zaghaft oder nur überfordert? Oder sind wir etwa anarchischer geworden als Italiener oder Griechen, denen das Misstrauen gegen Reglementierungen doch angeblich im Blut liegt?“, fragt DIE ZEIT.

Auch die TAGESZEITUNG überlegt, wie wirksame Maßnahmen durchgesetzt werden können: „Bisher sind die Bußgelder im Coronarecht eine leere Drohung. Die Bürgerinnen und Bürger nehmen sie nicht ernst. Die uralte Erfahrung: Der Staat muss die Sanktionen durchsetzen, sonst verliert das Recht an Wirkung. Das Coronarecht bietet viele Beispiele dafür. Abstandsregelungen im Restaurant und die Maskenpflicht sind nur die sichtbarsten. Sanktionen sind notwendig, aber sie reichen nicht aus. Was es wirklich braucht, ist nicht Angst, sondern Akzeptanz. In der freiheitlichen Demokratie muss die Bevölkerung das Recht akzeptieren und aus freiem Willen befolgen. Echte Akzeptanz gibt es, wenn die Regeln und Gesetze im gemeinsamen Interesse liegen. Dann haben Bürgerinnen und Bürger kein Problem damit, Normen einzuhalten. Es geht dabei ja um das gemeinsame – und damit auch das eigene – Interesse“, argumentiert die TAZ.

Der TAGESSPIEGEL aus Berlin betrachtet – mit Blick auf die umstrittenen Beherbergungsverbote – einen weiteren Aspekt: „Der Kampf gegen Corona wird, außer im Krankenhaus, mit der Einschränkung von Grundrechten geführt. Ein Eingriff in ein Grundrecht muss geeignet, erforderlich und angemessen sein, um Bestand zu haben. Von Übernachtungen geht, soweit bekannt, kein nennenswertes Risiko aus. Ist so ein Verbot deshalb schlicht verfassungswidrig? So überzeugend solche juristischen Schemata wirken, weiß doch jeder, der mit ihnen umgeht, dass das jeweilige Ergebnis von Umfang und Gewichtung dessen abhängt, was bei der Prüfung in den Blick genommen wird. Die Gerichte erweisen sich hier, Stichwort Demonstrationen, als aufmerksamer und selbstbewusster als zu Beginn der Pandemie; sie haben Vertrauen verdient. Und wenn sie Regeln kippen, sollte dies nicht missdeutet werden als Vollversagen jener, die sie erlassen haben; eine Abwägung bleibt eine höchst subjektive Angelegenheit. Es ist die falsche Zeit für Rechthaberei und politische Triumphe“, betont der TAGESSPIEGEL.

Die führenden Wirtschaftsinstitute in Deutschland rechnen wegen der Corona-Pandemie in diesem Jahr mit einem Wirtschaftseinbruch um 5,4 Prozent – auch das als Folge der Corona-Pandemie. Das HANDELSBLATT sieht in dieser Entwicklung dennoch keinen Grund zur Panik: „Bisher zeigen wichtige Wirtschaftsdaten weiterhin aufwärts. Der unerwartete Rückgang der Industrieproduktion im August lag an verspäteten Werksferien der Automobilhersteller, die sich inzwischen auch aus der Krise arbeiten. Ja, die Wirtschaftslage ist schwierig. Aber sie ist sehr weit davon entfernt, hoffnungslos zu werden.“

Der KÖLNER STADT-ANZEIGER ergänzt: „Die Politik hat jetzt die Aufgabe, Strukturbrüche in labilen Branchen wie dem Tourismus, im künstlerisch-kulturellen Milieu oder in der Messewirtschaft zu verhindern. Mehr noch: Vieles spricht dafür, dass sich die Corona-Krise verschärft und nicht nur Nischensektoren gebeutelt werden. Der Geldfluss in der gesamten Volkswirtschaft muss in Gang gehalten werden.“

„Leider ist aber auch den Pessimisten beizupflichten“, meint der NORDBAYERISCHE KURIER aus Bayreuth: „... die mit Verweis auf die Pakete eine künstlich am Leben gehaltene ‚Zombie-Wirtschaft‘ sehen, der es viel schlechter geht, als die nackten Zahlen das nahelegen. Fakt ist, dass die Lage ernst und die Erholung nächstes Jahr keineswegs sicher ist. Niemand vermag zu sagen, ob die Pandemie in den Wintermonaten nicht noch viel stärkere Eingriffe in das Wirtschaftsleben erzwingt. Im denkbar schlechtesten Augenblick gesellt sich der endgültige Brexit hinzu. Zwar haben sich die Unternehmen schon darauf eingestellt, eine Zusatzbelastung ist es aber allemal. Es sind auch ökonomisch unsichere Zeiten“, warnt der NORDBAYERISCHE KURIER.

Die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG findet eine positive Auswirkung der Krise – mit neuen Anforderungen an die Politik: „Das Virus hat die größte Volkswirtschaft Europas ins digitale Zeitalter katapultiert. Diese rasante Entwicklung muss bereits jetzt politisch begleitet werden. Die Bundesregierung muss Entscheidungen treffen, die so historisch sind wie diese Krise selbst. Wenn das Digitale den Alltag übernimmt, sollten Kapital und Eigentum stärker als Arbeit besteuert werden. Es ist zu klären, wer Eigentümer der Daten ist, die Digital-Giganten verarbeiten, um daran zu verdienen. Grüne Technologien sind zu fördern, gesunde Lebensmittel, moderne Infrastruktur. Es stimmt ja, dass diese Aufgaben noch verdeckt sind von der Pandemiebekämpfung. Sobald das Virus besiegt ist, werden sie umso sichtbarer sein. Es wäre gut, wenn die Bundesregierung vorbereitet ist.“

Deutschlandradio © 2009-2020

Deutschlandradio Datenschutz Hilfe Impressum Kontakt Presse

Partner ARD ZDF Phoenix arte Chronik der Mauer